Gesetzes- und Verordnungsblatt

der Evangelischen Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 19. März

1997

Inhalt

	Seite
Arbeitsrechtsregelungen	
Arbeitsrechtsregelung Nr. 1/97 zur Änderung der AR-HAng	29
Arbeitsrechtsregelung Nr. 2/97 zur Änderung der AR-HAng	31
Durchführungsbestimmungen	
Durchführungsbestimmungen zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Deputate von Religionslehrerinnen und Religionslehrern	32
Bekanntmachungen	
Fürbitte für die Tagung der Landessynode	32
Deutscher Evangelischer Kirchentag 1997; hier: Freistellung vom Dienst	32
Stellenbesetzung im Bereich Religionsunterricht	33
Hinweis zur Bekanntmachung vom 11.2.1997 „Stellenbesetzung im Bereich Religionsunterricht“	33
Kontaktstudium Freiburg	33
Sammlung der Diakonie	34
Wort des Landesbischofs zur Opferwoche der Diakonie 1997	35
Stellenausschreibungen	35
Dienstnachrichten	36
Berichtigungen	
GVBl. Nr. 2/97 S. 18	36

Arbeitsrechtsregelungen

Arbeitsrechtsregelung Nr. 1/97 zur Änderung der AR-HAng

Vom 12. Februar 1997

Die Arbeitsrechtliche Kommission hat gemäß § 2 Abs. 2 des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 1985 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 6 des kirchlichen Gesetzes vom 26. April 1994 (GVBl. S. 67 ff.), folgende Arbeitsrechtsregelung beschlossen:

Artikel 1 Änderung der AR-HAng

Die Arbeitsrechtsregelung für hauptberufliche Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis vom 13. Mai 1985 (GVBl. S. 85), zuletzt geändert durch Arbeitsrechtsregelung Nr. 5/96 vom 11. Dezember 1996 (GVBl. 1997 S. 18), wird wie folgt geändert:

Die Anlage zu § 5 (Vergütungsgruppenplan) wird wie folgt geändert:

Abschnitt I

Änderung des Einzelgruppenplans 63

Der Einzelgruppenplan „63 Leiterinnen/Leiter von Kirchengemeindeämtern“ wird wie folgt geändert:

1. In den Vergütungsgruppen IV a, III, II a und I b werden in den Fallgruppen 2, 4, 6 und 8
 - a) die Worte „einer Tätigkeit der“ sowie
 - b) das Wort „Fallgruppe“ mit der jeweils dazugehörigen Zahl gestrichen.
2. In Vergütungsgruppe I b wird nach Fallgruppe 8 folgende neue Fallgruppe 9 eingefügt:
„9. Leiterin/Leiter eines Kirchengemeindeamts der Kategorie 5.“
3. In Vergütungsgruppe I a wird die bisherige Fallgruppe 9 gestrichen und folgende Fallgruppe 10 eingefügt:

„10. Leiterin/Leiter eines Kirchengemeindeamts wie Fallgruppe 9 nach sechsjähriger Bewährung in Vergütungsgruppe I b.“

4. Die Anmerkungen erhalten folgende Fassung:

„(1) Die Zuordnung zu den Kategorien erfolgt nach Punkten, und zwar

- unter 50 Punkten in Kategorie 1
- ab 50 Punkten in Kategorie 2
- ab 100 Punkten in Kategorie 3
- ab 200 Punkten in Kategorie 4
- ab 400 Punkten in Kategorie 5.

(2) Die Punktzahlen werden aus folgenden Kriterien ermittelt:

a) Summe des genehmigten Haushaltsvolumens (Sachbuch 00) der Kirchengemeinde bzw. des Wirtschaftsvolumens unselbständiger Einrichtungen der Kirchengemeinde (Anm. 3)	je angefangene 500.000 DM	3 Punkte
b) Summe des genehmigten Haushaltsvolumens (Sachbuch 00) der angeschlossenen Rechtsträger (Anm. 3)	je angefangene 500.000 DM	1 Punkt
c) Summe des Wirtschaftsvolumens der angeschlossenen Rechtsträger (Anm. 3)	je angefangene 200.000 DM	1 Punkt
d) Pfarrgemeinden und sonstige rechtlich unselbständige Einrichtungen der Kirchengemeinde (z. B. Altenheime, Sozialstationen, jedoch nicht Kindertagesstätten)	je 1	1 Punkt
e) Sozial-/Diakoniestationen und Altenheime, über deren Personal der Leiterin / dem Leiter des Kirchengemeindeamts die Dienstaufsicht ausdrücklich übertragen ist	je 1	5 Punkte
f) Kindertagesstätten, über deren Personal der Leiterin / dem Leiter des Kirchengemeindeamts die Dienstaufsicht ausdrücklich übertragen ist		
- für Einrichtungen bis zu 2 Gruppen	je	2 Punkte
- für Einrichtungen ab 3 Gruppen	je	3 Punkte
g) Die im Dezember des Vorjahres zu bearbeitenden Personalfälle	je angefangene 10 Personalfälle	1 Punkt
h) Die im Dezember des Vorjahres zu bearbeitenden Personalfälle der angeschlossenen Rechtsträger	je angefangene 15 Personalfälle	1 Punkt
i) Zahl der ständig unmittelbar unterstellten Mitarbeiter	je Mitarbeiter	6 Punkte

Teilzeitbeschäftigte werden entsprechend dem Verhältnis der mit ihnen arbeitsrechtlich vereinbarten durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit zur Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Mitarbeiters berücksichtigt. Dabei sich ergebende Bruchteile werden bei der Endsumme auf eine volle Stelle aufgerundet.

(3) Die Summe des genehmigten Haushaltsvolumens bzw. des Wirtschaftsvolumens ist auf das Basisjahr 1985 (Jahr, das den erstmaligen Erhebungen anlässlich der Verabschiedung des Einzelgruppenplans 63 zugrunde liegt) um den Preisindex des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes zu bereinigen (Index Basisjahr 1985 = 100).“

Abschnitt 2

Änderung des Einzelgruppenplans 64

Der Einzelgruppenplan „64 Leiterinnen/Leiter von Rechnungsämtern“ wird wie folgt geändert:

1. In den Vergütungsgruppen III und II a werden in den Fallgruppen 3, 4 und 6

- a) die Worte „einer Tätigkeit der“ sowie
- b) das Wort „Fallgruppe“ mit der dazugehörigen Zahl

gestrichen.

2. Die Anmerkung 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Punktzahlen werden aus folgenden Kriterien ermittelt:

a) Summe des genehmigten Haushaltsvolumens (Sachbuch 00) der angeschlossenen Rechtsträger (Anm. 3)	je angefangene 500.000 DM	1 Punkt
b) Summe des Wirtschaftsvolumens der angeschlossenen Sozial-/ Diakoniestationen (Anm. 3)	je angefangene 200.000 DM	1 Punkt
c) Anzahl der angeschlossenen Rechtsträger	je angefangene 10 Rechtsträger	4 Punkte
d) Die im Dezember des Vorjahres zu bearbeitenden Personalfälle	je angefangene 15 Personalfälle	1 Punkt
e) Zahl der ständig unmittelbar unterstellten Mitarbeiter	je Mitarbeiter	6 Punkte

Teilzeitbeschäftigte werden entsprechend dem Verhältnis der mit ihnen arbeitsrechtlich vereinbarten durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit zur Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Mitarbeiters berücksichtigt. Dabei sich ergebende Bruchteile werden bei der Endsumme auf eine volle Stelle aufgerundet.“

3. Die Anmerkung 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Summe des genehmigten Haushaltsvolumens bzw. des Volumens des Wirtschaftsvolumens ist auf das Basisjahr 1985 (Jahr, das den erstmaligen Erhebungen anlässlich der Verabschiedung des Einzelgruppenplans 64 zugrunde liegt) um den Preisindex des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes zu bereinigen (Index Basisjahr 1985 = 100).“

Artikel 2

Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

(1) Diese Arbeitsrechtsregelung tritt am 1. April 1997 in Kraft.

(2) Soweit die Eingruppierung von der Zurücklegung einer Zeit der Bewährung in einer bestimmten Vergütungs- bzw. Fallgruppe abhängt, rechnet hierzu eine vor dem Inkrafttreten dieser Arbeitsrechtsregelung zurückgelegte Zeit, in der die Mitarbeiterin/der Mitarbeiter in der Vergütungsgruppe bzw. Fallgruppe eingruppiert gewesen wäre, wenn diese Arbeitsrechtsregelung bereits gegolten hätte.

(3) Soweit Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Arbeitsrechtsregelung günstiger eingruppiert sind, bleibt diese Eingruppierung unberührt.

Karlsruhe, den 12. Februar 1997

Arbeitsrechtliche Kommission

Oloff

Arbeitsrechtsregelung Nr. 2/97 zur Änderung der AR-HAng

Vom 12. Februar 1997

Die Arbeitsrechtliche Kommission hat gemäß § 2 Abs. 2 des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 1985 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 6 des kirchlichen Gesetzes vom 26. April 1994 (GVBl. S. 67), folgende Arbeitsrechtsregelung beschlossen:

Artikel 1 Änderung der AR-HAng

Die Arbeitsrechtsregelung für hauptberufliche Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis (AR-HAng) in der Fassung vom 13. Mai 1985 (GVBl. S. 85), zuletzt geändert durch Arbeitsrechtsregelung Nr. 1/97 vom 12. Februar 1997 (GVBl. S. 29), wird wie folgt geändert:

Die Anlage zu § 5 (Vergütungsgruppenplan) wird wie folgt geändert:

Es wird folgender Einzelgruppenplan 20 c eingefügt:

„20 c Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter der Nachbarschaftshilfe / des Mobilen Sozialen Dienstes / des hauswirtschaftlichen Dienstes

Vergütungsgruppe VII

1. Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter ohne förderliche Ausbildung.

Vergütungsgruppe VI b

2. Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter nach dreijähriger Bewährung in Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 1.
3. Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter wie Fallgruppe 1 mit abgeschlossenem Lehrgang für die Einsatzleitung (Anm. 1).

Vergütungsgruppe V c

4. Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter nach vierjähriger Bewährung in Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 3.
5. Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter wie Fallgruppe 3, deren Verantwortung sich durch den Umfang des Einsatzbereiches (mindestens kalenderjährlich 20.000 Einsatzstunden) aus der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 3 heraushebt (Anm. 1).
6. Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter wie Fallgruppe 3, die sich dadurch aus der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 3 herausheben, daß ihnen darüber hinaus mindestens drei Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus den Bereichen der Haus- und Familienpflege oder Dorfhilfe oder der hauswirtschaftlichen Versorgung ständig unterstellt sind (Anm. 2).
7. Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter mit einer ihrer Tätigkeit förderlichen mindestens dreijährigen abgeschlossenen Ausbildung (Anm. 3) sowie Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter der Fallgruppe 3, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und Erfahrungen eine entsprechende Tätigkeit ausüben.

Vergütungsgruppe V b

8. Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter nach vierjähriger Bewährung in Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 5, 6 oder 7.
9. Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter wie Fallgruppe 7, deren Verantwortung sich durch den Umfang des Einsatzbereiches (mindestens kalenderjährlich 20.000 Einsatzstunden) aus der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 7 heraushebt (Anm. 3).
10. Einsatzleiterinnen/Einsatzleiter wie Fallgruppe 7, deren Tätigkeit sich dadurch aus der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 7 heraushebt, daß ihnen darüber hinaus mindestens drei Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus den Bereichen der Haus- und Familienpflege oder Dorfhilfe oder der hauswirtschaftlichen Versorgung ständig unterstellt sind (Anm. 2, 3).

Vergütungsgruppe IV b

11. Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter nach vierjähriger Bewährung in Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 9 und 10.

Anmerkungen:

- (1) Ein Lehrgang für die Einsatzleitung muß mindestens 400 Stunden umfassen.

- (2) Soweit die Eingruppierung von der Zahl der unterstellten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter abhängt,
- ist für die Eingruppierung unschädlich, wenn im Organisations- und Stellenplan zur Besetzung ausgewiesene Stellen nicht besetzt sind,
 - zählen teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter entsprechend dem Verhältnis der mit ihnen im Arbeitsvertrag vereinbarten Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechend Vollbeschäftigten,
 - zählen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, die lediglich zu einem Teil ihrer Arbeitszeit unterstellt sind, entsprechend dem Verhältnis dieses Anteils zur regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechend Vollbeschäftigten.
- (3) Als förderliche Ausbildung im Sinne dieses Tätigkeitsmerkmals gilt eine abgeschlossene mindestens dreijährige Ausbildung insbesondere in den Bereichen Pflege, Hauswirtschaft, Sozialarbeit oder Erziehungsdienst.

Artikel 2

Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Arbeitsrechtsregelung tritt am 1. April 1997 in Kraft.
- (2) Soweit die Eingruppierung von der Zurücklegung einer Zeit der Bewährung in einer bestimmten Vergütungs- bzw. Fallgruppe abhängt, rechnet hierzu eine vor dem Inkrafttreten dieser Arbeitsrechtsregelung zurückgelegte Zeit, in der die Mitarbeiterin / der Mitarbeiter in die Vergütungs- bzw. Fallgruppe ein gruppiert gewesen wäre, wenn diese Arbeitsrechtsregelung bereits gegolten hätte.
- (3) Soweit Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Arbeitsrechtsregelung günstiger eingruppiert sind, bleibt diese Eingruppierung unberührt.

Karlsruhe, den 12. Februar 1997

Arbeitsrechtliche Kommission

Oloff

Durchführungsbestimmungen

Durchführungsbestimmungen zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Deputate von Religionslehrerinnen und Religionslehrern

vom 18. Februar 1997

Der Evangelische Oberkirchenrat erläßt aufgrund § 111 Abs. 2 Pfarrerdienstgesetz i. d. F. vom 1. Mai 1978 (GVBl. S. 97), zuletzt geändert durch Artikel 2 des kirchlichen

Gesetzes vom 21. Oktober 1994 (GVBl. S. 173), folgende Durchführungsbestimmungen:

I.

Die Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Deputate von Religionslehrerinnen und Religionslehrern vom 18. Juli 1995 werden wie folgt geändert:

- In Abschnitt I Gliederungsnummer 1 Buchstabe aa wird die Wochenstundenzahl für Lehrkräfte im höheren Dienst von „23 Wochenstunden“ durch „24 Wochenstunden“ ersetzt.
- In Abschnitt I Gliederungsnummer 1 Buchstabe b wird die Wochenstundenzahl für Lehrkräfte an Beruflichen Schulen von „23 Wochenstunden“ durch „24 Wochenstunden“ ersetzt.

II.

Die Durchführungsbestimmungen treten zum 1. August 1997 in Kraft.

Evangelischer Oberkirchenrat

Dr. Michael Trensky

Oberkirchenrat

Bekanntmachungen

LB 3.3.1997
AZ: 14/44

Fürbitte für die Tagung der Landessynode

Vom 13. bis 16. April 1997 findet im renovierten Haus der Kirche die zweite Tagung der 1996 gewählten Landessynode statt. Ich bitte Sie, in den Gottesdiensten am 13. April 1997 diese Tagung der Landessynode in die gottesdienstliche Fürbitte aufzunehmen. Das kann mit folgenden Worten geschehen:

'Christus, da du sie bewahrst, soll die Kirche immer bestehen.'

So hat dein Zeuge Philipp Melanchthon gebetet. Gib unseren Synodalen die Gewißheit, daß du die Kirche bewahrst.

Laß sie Zuversicht gewinnen, Mut für ihre Entscheidungen und innere Sammlung für ihre Beratungen.

OKR 5.2.1997
AZ: 21/24

Deutscher Evangelischer Kirchentag 1997 hier: Freistellung vom Dienst

Für die Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag vom **18. bis 22. Juni 1997** in Leipzig können kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bedarfsfalle, sofern dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, Arbeitsbefreiung **bis zu fünf** Arbeitstagen erhalten.

In seinen Hinweisen zu § 52 BAT hat sich das Land Baden-Württemberg damit einverstanden erklärt, daß Angestellte im Rahmen des § 52 Abs. 3 Satz 1 BAT entsprechend § 12 Abs. 1 Nr. 3 der Verordnung des Landes für den Urlaub der Beamten und Richter für die Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag bis zu drei Urlaubstagen von der Arbeit freigestellt werden können.

OKR 11.2.1997 **Stellenbesetzung**
AZ: 23/6 **im Bereich Religionsunterricht**

1. Grundsätzliches

Es liegt im gemeinsamen Interesse von Lehrkräften, Landeskirche und Kirchenbezirken, bei der Stellenbesetzung im Bereich Religionsunterricht mehr Transparenz als bisher zu erreichen. Je besser der Informationsstand aller Beteiligten ist, desto leichter sind von allen Seiten akzeptierbare Stellenbesetzungen durchzuführen.

Das komplexe Abstimmungsverfahren der landeskirchlichen Stellen mit den Oberschulämtern, den Staatlichen Schulämtern und Schulleitungen läßt ein klassisches Ausschreibungsverfahren für kirchliche Lehrkräfte im Religionsunterricht nicht zu.

2. Zukünftiges Vorgehen

2.1 Bekanntgabe

Anfang jeden Kalenderjahres wird im GVBl. auf die Möglichkeit hingewiesen, den Wunsch auf einen Wechsel in den hauptamtlichen Schuldienst, auf eine Versetzung oder Deputatsänderung zu melden.

Meldetermin für diese Wünsche ist grundsätzlich der 1.4. vor Beginn des jeweiligen Schuljahres.

Die Abteilung Personaleinsatz Religionsunterricht beim Evangelischen Oberkirchenrat und die Schuldekane/Schuldekaninnen geben auf Anfrage Auskunft zum Stand der Einsatzplanung.

2.2.1 Lehrkräfte mit mindestens einem halben Lehrauftrag

Wünsche für einen Wechsel in den hauptamtlichen Schuldienst werden auf dem Dienstweg an den Evangelischen Oberkirchenrat gerichtet. Der jeweilige Schuldekan/Schuldekanin ist zu informieren.

Die Besetzung der Stelle erfolgt im Benehmen mit dem für den Einsatzort zuständigen Schuldekan/Schuldekanin. Der Schuldekan / die Schuldekanin stellt möglichst frühzeitig einen Kontakt mit dem Bezirkskirchenrat her.

2.2.2 Lehrkräfte mit weniger als einem halben Lehrauftrag

Einsatz- und Änderungswünsche von Lehrkräften mit weniger als einem halben Lehrauftrag werden unter

Beachtung des Dienstweges an den Schuldekan / die Schuldekanin gerichtet, in dessen Zuständigkeitsbereich der Einsatz gewünscht wird. Entscheidungen fallen im Rahmen der Planungskompetenz der Kirchenbezirke durch den Evangelischen Oberkirchenrat. Versetzungen innerhalb eines Kirchenbezirks liegen in der Zuständigkeit des Schuldekans / der Schuldekanin.

2.3 Besetzung der Stelle

Die Besetzung der freien Stellen erfolgt im Rahmen der geltenden Bestimmungen grundsätzlich in der Reihenfolge der eingegangenen Meldungen. Änderungswünsche von bereits im Schuldienst Tätigen und Wünsche auf Wechsel in den Schuldienst werden dabei grundsätzlich gleichberechtigt berücksichtigt.

Vor einem Wechsel in den hauptamtlichen Schuldienst (mit mindestens einem halben Lehrauftrag) findet grundsätzlich ein bewerteter Unterrichtsbesuch durch das Referat Erziehung und Bildung statt.

OKR 18.2.1997 **Hinweis zur Bekanntmachung**
AZ: 23/6 **vom 11.2.1997 „Stellenbesetzung im Bereich Religionsunterricht“**

Entsprechend der Bekanntmachung des Evangelischen Oberkirchenrats vom 11.2.1997 „Stellenbesetzung im Bereich Religionsunterricht“ wird auf die Möglichkeit hingewiesen, den Wunsch auf einen Wechsel in den hauptamtlichen Schuldienst, auf eine Versetzung oder Deputatsänderung zu melden.

OKR 20.2.1997 **Kontaktstudium Freiburg**
AZ: 23/74

Kontaktstudium für Gemeindediakoninnen und Gemeindediakone, Jugendreferentinnen und Jugendreferenten, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an der Fachhochschule in Freiburg im Jahre 1998.

Während des Sommersemesters 1998 (Mitte März bis Ende Juni) besteht für die oben genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit zum Kontaktstudium an der Evangelischen Fachhochschule in Freiburg.

Bewerben können sich alle bei der Landeskirche, den Kirchengemeinden oder Kirchenbezirken angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zu der Zielgruppe gehören und mindestens sieben Jahre nach abgeschlossener Ausbildung in der Kirche tätig sind.

Die Bewerbungen müssen bis spätestens

1. September 1997

über das zuständige Dekanat beim Evangelischen Oberkirchenrat eingegangen sein.

Voraussetzung für die Bewerbung ist, daß die erforderlichen Vorabsprachen (Vertretung, Arbeitsplanung etc.) mit dem Dienstvorgesetzten und den anderen Mitarbeitern

erfolgten. Gemeindediakoninnen und Gemeindediakone müssen die Frage ihrer dienstlichen Freistellung im Ältestenkreis klären lassen; Jugendreferentinnen und Jugendreferenten klären dies mit dem Bezirkskirchenrat. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen haben eine Vorgesprache mit dem zuständigen Gremium im Kirchenbezirk zu treffen.

Der Bewerbung ist eine schriftliche Erläuterung anzufügen, die die Gründe für die Bewerbung enthält und die persönliche Zielsetzung beschreibt, die mit dem Kontaktstudium verfolgt wird. Sie ist über den Dienstweg einzureichen und wird mit einer Stellungnahme des Dekans/Schuldekans versehen an den Evangelischen Oberkirchenrat weitergeleitet. Eine Abschrift des Protokolls des Leitungsgremiums, das die Zustimmung ausgesprochen hat, ist den Bewerbungsunterlagen beizufügen.

Die Landeskirche übernimmt die Gesamtkosten für die Unterbringung und Verpflegung. Alle weiteren, aus der Trennung von der Familie entstehenden Kosten sind von den Teilnehmern zu tragen; sie zahlen außerdem einen Eigenbeitrag wie zu allen FWB-Veranstaltungen. Er beträgt für das ganze Semester DM 1.200,00.

Für die zeitliche Planung ist zu beachten, daß zur Vorplanung der Begleitveranstaltung und zur Koordination mit dem Fortbildungszentrum und der Fachhochschule ein Vorbereitungstreffen durchgeführt wird.

Die Freistellung unter Fortzahlung der Bezüge für die Dauer des Kontaktstudiums wird unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt, daß die Antragstellerin / der Antragsteller zwei Wochen ihres/seines Jahresurlaubs dafür einsetzt.

Für die weitere Planung im Evangelischen Oberkirchenrat ist es notwendig, daß Interessenten ihren Teilnahmewunsch möglichst umgehend, spätestens bis zum 16. Juni 1997, dem Evangelischen Oberkirchenrat – Personalreferat, Abt. Personalförderung – Postfach 2269, 76010 Karlsruhe, mitteilen.

OKR 24.2.1997 **Sammlung der Diakonie**
AZ: 81/471

Die Sammlung der Diakonie („Opferwoche“) findet in der Zeit vom 8. – 15. Juni 1997 statt, und zwar als:

Haussammlung und Straßensammlung vom 8. – 15. Juni 1997.

Die Sammlung wurde vom Regierungspräsidium Tübingen mit Bescheid vom 28. Oktober 1996 unter der Nummer 64-10/0002-21 als öffentliche Sammlung erlaubt. Die Verfahrensvorschriften werden den Kirchengemeinden gesondert mitgeteilt.

Die Sammlung der Diakonie ist vom Evangelischen Oberkirchenrat angeordnet.

Alle Kirchengemeinden sind verpflichtet, die Sammlung durchzuführen.

Die Sammlung steht unter dem Leitwort:

„Den Menschen zullebe – Diakonie“

Mit den Spenden sollen ältere Arbeitslose und junge arbeitslose Menschen gefördert werden. Beschäftigungsinitiativen und Ausbildungsprogramme sorgen auch dafür, daß sie eine qualifizierte Ausbildung erfahren. Die Gaben und Spenden sollen auch dazu beitragen, behinderten Menschen zu helfen und sie zu begleiten. Dafür gibt es zum Beispiel Freizeit- und Begegnungsstätten, Angehörigengruppen, aber auch Beschäftigungsprojekte, in denen diese Menschen Aufnahme und sinnvolle Arbeit finden. Auch werden mit Hilfe von Opferwochemitteln Begegnungen von Behinderten und Nichtbehinderten in Gemeinden gefördert. Außerdem stehen Aussiedlern, Asylanten und Flüchtlingen die Hilfsangebote der Diakonie zur Verfügung. Schließlich wird suchtkranken Menschen und anderen Hilfsbedürftigen Zuwendung zuteil.

Damit diese wichtigen Dienste getan werden können, werden die Gemeinden um Unterstützung der Sammlung herzlich gebeten. Die Gemeindepfarrer werden gebeten, das Wort des Landesbischofs im Gottesdienst bekanntzugeben. Informationen zu den Sammlungsschwerpunkten und das Werbematerial werden den Kirchengemeinden zusammen mit den Abrechnungsunterlagen zugesandt.

Bei der Abrechnung ist folgendes Verfahren zu beachten:

1. Bei der Haus-, Straßen- und Firmensammlung können vom Gesamtergebnis bis zu 15 Prozent von der Kirchengemeinde für diakonische Aufgaben der Gemeinde einbehalten werden. Der Restbetrag wird unmittelbar nach der Sammlung, spätestens jedoch am 1. August 1997, unter Beifügung einer genauen Aufstellung an das Dekanat bzw. Rechnungsamt überwiesen.
2. Von diesem Ergebnis können die Kirchenbezirke bis zu 5 Prozent einbehalten und für die von den Diakonischen Werken der Kirchenbezirke wahrgenommenen zusätzlichen diakonischen Aufgaben verwenden. Soweit Diakonieverbände die Finanzmittel der Diakonischen Werke zentral und ausschließlich verwalten, sind die Kirchenbezirke für die entsprechende Abführung des Betrags verantwortlich.
3. Um die Kirchenbezirke an Mehreinnahmen zu beteiligen, die im Vergleich des Durchschnittsergebnisses der Jahre 1988 bis 1990 erreicht wurden, erhalten diese zusätzlich vom Mehraufkommen einen Anteil nach folgender Zuordnung:

Kirchenbezirke Gruppe A

durchschnittliches Spendenaufkommen pro evangelischem Kirchenmitglied unter DM 0,90: 60 Prozent des Mehraufkommens;

Kirchenbezirke Gruppe B

durchschnittliches Spendenaufkommen pro evangelischem Kirchenmitglied DM 0,90 bis DM 1,10: 70 Prozent des Mehraufkommens;

Kirchenbezirke Gruppe C

durchschnittliches Spendenaufkommen pro evangelischem Kirchenmitglied über DM 1,10: 80 Prozent des Mehraufkommens.

- 4. Die Restsumme haben die Dekanate bzw. Rechnungsämter bis zum 22. September 1997 an die Landeskirchenkasse abzuführen. Abrechnungsformulare, die eine Aufschlüsselung der einzelnen Gemeindegemeinschaften und die Berechnung des zusätzlichen Eigenanteils nach Ziffer 3 ermöglichen, werden vom Diakonischen Werk zugesandt.

LB 24.2.1997 **Wort des Landesbischofs**
AZ: 81/471 **zur Opferwoche der Diakonie 1997**

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Ein guter Grundsatz. Da stimmen wir gleich zu. Doch wir wissen alle: Papier ist geduldig. Das wirkliche Leben sieht für viele Menschen ganz anders aus:

Immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger verlieren ihren Arbeitsplatz. Jugendliche verlassen die Schule ohne Aussicht auf eine Lehrstelle. Behinderte haben es schwer, mit den Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft zurechtzukommen. Alte Menschen leiden unter Vereinsamung.

Obdachlose gehören (inzwischen) zum Straßenbild unserer Städte. Aussiedler bekommen oft Neid und Ablehnung zu spüren.

Es ist nicht so, daß bei uns jemand verhungern müßte – aber viele Menschen in unserem Land sind zu einer Lebensführung gezwungen, die sie in ihrer Würde verletzt. Wir sollten unser Möglichstes dagegen tun.

Freilich, wir alle müssen mit weniger auskommen. Doch immer noch ist der Reichtum, den Gott unserem Land und uns schenkt, nicht gering. Wir sollten ihn so verteilen, daß alle davon menschenwürdig leben können. Das ist nicht nur Aufgabe des Staates; wir alle sind in Pflicht genommen.

„Den Menschen zuliebe“ – unter diesem Motto startet am 8. Juni 1997 die Opferwoche der Diakonie. Sie gibt Ihnen die Möglichkeit, sich über ausgewählte Projekte der Diakonie in Baden zu informieren. Ihr Geld, Ihre Zeit und Ihre Fürbitte tragen dazu bei, daß unsere Diakonie ihre Arbeit auch in Zukunft „Den Menschen zuliebe“ fortsetzen kann.

Um Gottes Willen und den Menschen zuliebe bitte ich Sie um Ihre Spende, damit das Leben in unserer Gesellschaft menschenwürdig bleibt – für alle!

Stellenausschreibungen

I. Sonstige Stellen

Bruchsal, Stelle des Evangelischen Standortpfarrers (Kirchenbezirk Karlsruhe-Land)

Ab 1. Januar 1998 ist die Stelle des Evangelischen Standortpfarrers Bruchsal neu zu besetzen.

Zum Seelsorgebezirk gehören ca. 1.000 evangelische Soldaten.

Zu den Aufgaben gehört die Erteilung von lebenskundlichem Unterricht, Durchführung von Gottesdiensten am Standort und bei Übungen, Durchführung von Soldaten- und Familienrüstzeiten, die Begleitung der übenden Truppe im In- und Ausland.

Ein Mitarbeiter (Pfarrhelfer) steht zur Verfügung.

Eine Dienstwohnung wird zur Verfügung gestellt.

Interessenten an dieser Pfarrstelle werden gebeten, dies dem Evangelischen Oberkirchenrat, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe, mitzuteilen; gleichzeitige Anzeige an den Evangelischen Wehrbereichsdekan V, Theodor-Heuss-Kaserne, Nürnberger Straße 184, 70374 Stuttgart, Telefon 0711/521-426. Dort können auch weitere Einzelheiten erfragt werden.

Stellenausschreibungen für Gemeindediakoninnen und Gemeindediakone, Bezirksjugendreferentinnen und Bezirksjugendreferenten

Für Gemeindediakoninnen und Gemeindediakone, Bezirksjugendreferentinnen und Bezirksjugendreferenten können folgende Einsatz- bzw. Versetzungsmöglichkeiten angeboten werden:

- Stelle einer Bezirksjugendreferentin / eines Bezirksjugendreferenten im Kirchenbezirk Alb-Pfingz mit einem 2/3 Teilzeitverhältnis befristet vom Oktober 1997 bis einschließlich September 1998 zur Vertretung des derzeitigen Stelleninhabers.
- Stelle einer Diakonin / eines Diakons in der Krankenhausseelsorge in den Kinderkliniken und am Theresienkrankenhaus Mannheim – Dekanat Mannheim – 1,0 Deputat ab 1.9.1997.
- Stelle einer Diakonin / eines Diakons beim Landeskirchlichen Beauftragten für die Seelsorge an Ausländern, Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen im Evangelischen Oberkirchenrat, Referat 5 – 1,0 Deputat – Besetzung baldmöglichst, befristet bis 31.12.1999.
- Weinheim, Lukasgemeinde – Dekanat Ladenburg-Weinheim – 0,75 Deputat ab 1.4.1997.

Stellenbeschreibungen können im Personalreferat des Evangelischen Oberkirchenrats – Landeskirchliche Be-

auftragte für Gemeindediakoninnen und -diakone, Telefon 0721/9175-205 – angefordert werden.

Interessensmeldungen sind innerhalb von 3 Wochen, d. h. bis spätestens

9. April 1997

schriftlich an den Evangelischen Oberkirchenrat, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe, zu richten.

Dienstnachrichten

Entschließungen des Landesbischofs

Berufen auf Gemeindepfarrstellen:

Pfarrvikar Gero Albert in Langenalb zum Pfarrer in Menzingen,

Pfarrvikar Andreas Heitmann-Kühlewein in Grötzingen zum Pfarrer der Gnadengemeinde in Mannheim,

Pfarrer Gerhard Meiling in Aglasterhausen zum Pfarrer in Linx.

Entschließungen des Oberkirchenrats

Berufen:

Pfarrer Dietmar Heydenreich in Schefflenz zum Bezirksjugendpfarrer für den Kirchenbezirk Mosbach.

Versetzt:

Pfarrvikarin Jennifer Ahlhaus in Triberg nach Offenburg (Erlösergemeinde),

Kirchenverwaltungsinspektorin z.A. Cornelia Färber von Pflege Schönau – Außenstelle Freiburg – zum Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe,

Pfarrvikar Daniel Fritsch in Wertheim (Stiftspfarrrei) nach Bretten (Melanchthongemeinde),

Pfarrvikarin Sabine Gehrke in Baden-Baden (Matthäusgemeinde) nach Eppingen,

Pfarrvikar Jörg Geißler in Langensteinbach nach Plankstadt,

Pfarrvikarin Henriette Gilbert in Waldshut (Pfarrstelle I des Gruppenpfarramts) nach Wertheim (Stiftspfarrrei),

Pfarrvikarin Ute Haizmann in Klettgau nach Karlsruhe zum Evangelischen Oberkirchenrat (als theologische Mitarbeiterin im Referat Verkündigung, Gemeinde und Gesellschaft).

Eingesetzt:

Pfarrvikarin Ulla Nagel (bisher beurlaubt) als Pfarrvikarin in Bad Dürkheim-Oberbaldingen.

Es treten in den Ruhestand:

Pfarrer Manfred Bücklein in Konstanz (Paulusgemeinde) auf 1. Juni 1997,

Pfarrerin Hanne Holch in Görwihl auf 1. Mai 1997,

Pfarrer Johannes Meinel in Karlsruhe (Krankenhauspfarrstelle III) auf 1. Mai 1997,

Pfarrer Jochen Ziegler in Sand auf 1. Juni 1997.

Gestorben:

Gemeindediakon Ernst Eugen Schrade, zuletzt im Evangelischen Oberkirchenrat in der Seelsorge an Ausländern, Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen eingesetzt, am 27. Februar 1997.

Berichtigungen

In Artikel 2 der Arbeitsrechtsregelung Nr. 4/96 (abgedruckt im GVBl. Nr. 2/97) wurde unter der Nr. 2 die Anlage als „Anlage zu § 2a AR-Arb“ bezeichnet. Richtig muß es heißen: „Anlage zu § 2 Abs. 2a AR-Arb“.